Freitag, 25. September 1970, Nr. 222, S. 5

Frankfurter Rundschau

Unbequemer Student ausgebürgert

Türken im Hungerstreik / Auswärtiges Amt soll in Ankara protestieren

Von unserem Redaktionsmitglied Jutta Roitsch

FRANKFURT A. M., 24. September. Zwölf in der Bundesrepublik studierende türkische Studenten befinden sich seit Mittwoch im Haus der Evangelischen Studentengemeinde in West-Berlin im Hungerstreik. Sie protestieren gegen einen Beschluß des türkischen Kabinetts, durch den der ehemalige Vorsitzende der Türkischen Studentenföderation (ATÖF), Hakki Keskin, ausgebürgert wurde. Gegenüber der „Frankfurter Rundschau" erklärte Keskin am Donnerstag, daß der Hungerstreik solange fortgesetzt werde, bis 1. auch den politisch verfolgten türkischen Studenten von den deutschen Behörden der „Fremdenpaß" gewährt werde, 2. die türkische Regierung den Ausbürgerungsbeschluß aufgehoben und 3. die deutsche Bundesregierung gegen diesen „antidemokratischen und terroristischen Beschluß" und die Disziplinierungsmaßnahmen gegen die türkischen Studenten in der Bundesrepublik protestiert habe.

Unterstützung fand Keskin inzwischen beim Senat der Freien Universität Berlin, an der er sich auf sein Schlußexamen vorbereitet. In einer Presseerklärung bedauert der FU-Präsident Rolf Kreibich die erst jetzt bekanntgewordene Entscheidung der türkischen Regierung vom 16. Juli, „weil er es für notwendig hält, daß ausländische Studenten ihre Ausbildung in Deutschland in Ruhe und ohne äußeren Druck beenden können". Kreibich bat durch Vermittlung des Regierenden Bürgermeisters in West-Berlin das Auswärtige Amt in Bonn, bei der türkische Regierung vorstellig zu werden und auf die Aufhebung des Beschlusses hinzuwirken.

Wie die „FR" mehrfach berichtete, versucht die türkische Regierung bereits seit Monaten, in der Bundesrepublik studierende Türken zu reglementieren, vor allem wenn sie sich — wie im Falle Hakki Keskins — als Gegner der gegenwärtigen Regierung in Ankara politisch in der Bundesrepublik betätigen.

Wie inzwischen ferner inoffiziell bekannt wurde, hat die türkische Regierung weiteren 26 in der Bundesrepublik lebenden Türken die Staatsbürgerschaft aberkannt. Die Vereinigungen der Türken in der Bundesrepublik haben bereits angekündigt, während des Besuchs des türkischen Staatschefs Sunay in der Bundesrepublik vom 17. bis 21. Oktober massiv zu protestieren.

Süddeutsche Zeitung Nr. 230, S. 9

Freitag, 25. September 1970

Berlin: Griechische und türkische Studenten im Hungerstreik

ki. **Berlin** (Eigener Bericht)

Türkische und griechische Studenten sind in Westberlin in den Hungerstreik getreten. Ihre Motive sind unterschiedlich. Die Türken protestieren dagegen, daß ihre Regierung einem in Westberlin studierenden Landsmann die Staatsbürgerschaft entzogen hat. Das Präsidialamt der Freien Universität unterstützte den Streik, indem es den Regierenden Bürgermeister bat, über das Auswärtige Amt in Bonn bei der türkischen Regierung auf die Aufhebung dieser Maßnahme hinzuwirken. Die griechischen Studenten protestieren gegen einen Dolmetscher, um den es auf einem Berlin-Seminar für griechische Funktionäre im DGB zu Auseinandersetzungen gekommen war. Er wurde als früherer Angehöriger einer griechischen Exilpartei von linksgerichteten griechischen Studenten scharf angegriffen.

Frankfurter Rundschau, S. 11

Montag, 28. September 1970, Nr. 224

Türkei-Botschaft: kein Druck

BONN, 27. September (UPI). Als unrichtig und „Entstellung der Wahrheit" bezeichnete der türkische Botschafter in Bonn, Oguz Gökmen, Meldungen, wonach türkische Studenten in der Bundesrepublik unter dem politischen Druck ihrer Regierung stünden. In einem Interview mit UPI erklärte der Botschafter ferner, die Ausbürgerung des ehemaligen Vorsitzenden der Türkischen Studentenföderation (ATÖF), Hakki Keskin, sei nicht auf die politische Einstellung dieses Studenten, sondern darauf zurückzuführen, daß Keski trotz Aufforderungen der türkischen Behörden sich nicht bereit erklärt habe, seinen Militärdienst abzuleisten.